

Protest trotz guter Wirtschaftsdaten

Die finanziellen EU-„Rettungspakete“ werden mit Sozialabbau bezahlt

Die aktuelle Debatte über Flüchtlinge überdeckt viele andere Themen, die noch vor wenigen Monaten die Schlagzeilen prägten. Beispielsweise was die „Rettung“ von Irland, Spanien und anderen Staaten betrifft, die im Zuge der Wirtschaftskrise in Europa internationale Institutionen um Geld bitten mussten. Die offiziellen Verlautbarungen über die wirtschaftlichen Entwicklungen der durch verschiedene Programme gestützten Staaten lesen sich wie ein fast überall anwendbares Erfolgsrezept. Kredite wurden an Regierungen gegeben, die dafür ihre Ökonomie so umbauen mussten, wie es den Kreditgebern gefiel. Konkret hieß das: Lohn- und Rentenkürzungen, weniger Sozial- und Gesundheitsleistungen, Abbau öffentlicher Beschäftigung, Privatisierungen oder – um es im neoliberalen Wortschatz auszudrücken – mehr „Verantwortung des Einzelnen“.



Proteste gegen Bankenmacht und Sparauflagen finden nicht nur in den betroffenen Ländern wie hier in Spanien statt. Foto: Jose Mesa, CC BY 2.0 via Wikimedia Commons

Das geschah aber nicht, weil die Bevölkerungen dieser Länder über ihre Verhältnisse gelebt hätten! Die Krisen der Staaten wurden durch die Immobilienblase und Bankenzockerei ausgelöst, deren Täter sicher nicht in kleinen, auf Pump bezahlten Häusern wohnen, deren BewohnerInnen heute die Folgen überwiegend privatwirtschaftlichen Handelns tragen sollen. Dass Familien einen Kredit für ein Haus aufnehmen müssen, statt von ihrem ehrlich verdienten und ausreichenden Lohn eines bauen zu können, ist ein grundlegendes Problem. Jetzt nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sollen aber die Menschen nicht nur den Schaden der privaten Krisenverursacher, sondern auch deren weiteres Geschäftsgebaren bezahlen. Doch das läuft nicht überall so, wie es sich die EU-Institutionen vorstellen.

Irland

So beispielsweise in Irland, wo im Zuge der Krise die Schulden der privaten Banken – darunter auch deutsche Kreditinstitute – vom Staat übernommen wurden. 85 Milliarden Euro bekam die grüne Insel aus dem Euro-Rettungsschirm EFSF. Zu den Auflagen gehörten Steuererhöhungen, Kürzungen im Gesundheits- und Erziehungsbereich, Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, das Renteneintrittsalter wurde auf 68 Jahre angehoben, eine höhere Mehrwertsteuer sowie neue Gebühren wurden eingeführt. Über 160.000 irische StaatsbürgerInnen im Alter von 15 bis 24 Jahren sind zwischen den Jahren 2010 und 2014 ausgewandert – so viele wie aus keinem anderen europäischen Krisenland, berichtet der Spiegel.ⁱ Die Arbeitslosenquote liegt dennoch bei über zehn Prozent.

Inzwischen hat Irland einen Teil seiner Schulden an den IWF zurückbezahlt. Allerdings nur an den IWF! Die anderen Gläubiger aus dem Euro-Rettungsfonds haben noch nichts erhalten. Was Irland an Zinsen für die bereits zurückbezahlten Schulden einspart, nutzt das Land, um seine Steuern niedrig zu halten und Unternehmen anzulocken. Kein Wunder daher, dass selbst die in Berlin mitregierende SPD leise Kritik an dem Verfahren ä-

Bert. „Irland kann nicht auf der einen Seite Solidarität einfordern, die darin besteht, dass Europa in schweren Stunden hilft ... um dann, wenn diese Hilfe zum Erfolg geführt hat, das Geld, welches durch Umschuldung und dadurch, dass weniger an Zinsen gezahlt wird, zu nutzen, um sich selber wieder in eine steuerrechtlich vorteilhaftere Position zu bringen, die den anderen Ländern in Europa schadet. Das ist falsch verstandene Solidarität“ erklärte der SPD-Wirtschaftsexperte Johannes Kahrs im Oktober 2014 im Bundestag. Der Grüne Sven-Christian Kindler forderte ebenfalls, dass das frühere „Musterland“ Europas nicht weiterhin „Steuerdumping“ betreiben dürfe.ⁱⁱ Aber nicht nur beim Steuerdumping bereitet Irland der EU Probleme. Beim Datenschutz muss die irische Regierung von europäischen Institutionen getrieben werden, um das vom Europäischen Gerichtshofs gekippte „Safe-Harbour-Abkommen“ unter anderem gegen Facebook neu aufzurollen, dessen Eurozentrale auf der Insel liegt. Dankbarkeit können Kreditgeber in Europa nicht erwarten. Auch nicht bei der Übernahme von Flüchtlingskontingenten – hier wehrt sich Irland gegen die Aufnahme von Menschen in Not, obwohl das Land selbst in Not war.

So gut auch manche Wirtschaftszahlen aus Sicht der GeldgeberInnen aussehen – im Land wächst der Protest gegen die Sparpolitik. Das zeigte sich unter anderem bei der Privatisierung der irischen Wasserversorgung. An diesem Punkt explodierte der Zorn vieler Menschen. Zehntausende gingen Ende vergangenen Jahres gegen die Pläne auf Straße, so dass irische KommentatorInnen der Bewegung durchaus das Potential zutrauten, die Regierung zu stürzen.ⁱⁱⁱ Bei den Parlamentswahlen im April 2016 wird sich zeigen, ob der Macht- und Kurswechsel vollzogen werden kann.

Spanien und Griechenland

Protestbewegungen gefährden auch in Spanien, das mit einer Erwerbslosenquote von über 20 Prozent die zweithöchste in der EU nach Griechenland hat, die „Rettungspakete“. Für die Parlamentswahl im Dezember wird der Sieg kleinerer Parteien prognostiziert, die bereits bei den Kommunalwahlen im Mai gezeigt haben, dass mit ihnen zu rechnen ist. Bei der jüngsten Europawahl zeigte die linke „Podemos“-Partei, dass sie das parlamentarische System aufwühlen kann. Ein Aufruf von Künstle-



Kritik an der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gab es unter anderem in Bezug auf Griechenland. Foto: Steve0001, CC BY 3.0 via Wikimedia Commons

rInnen beschreibt die Lage im Land: „Wir können uns nicht weitere vier Jahre leisten, in denen Zwangsräumungen, existenzielle Not und Ungleichheit an der Tagesordnung sind und Gesundheit, Erziehung, Kultur und Rechte der BürgerInnen derart mit Füßen getreten werden.“^{iv}

Der Widerstand war ursprünglich sogar noch größer und die Umfrageergebnisse für Podemos noch höher, als in Griechen-

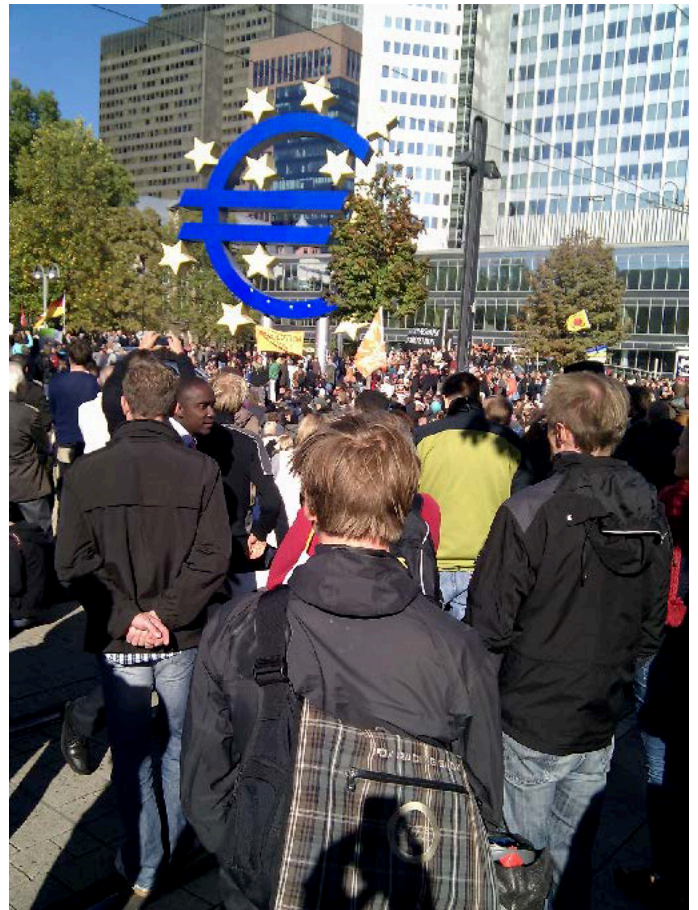
land der Versuch unternommen wurde, mit der linken Syriza-Partei einen anderen Sparkurs einzuschlagen. Doch die „Troika“ oder „Institutionen“ blieben hart und ließen sich nicht von ihrer Sparideologie abbringen. Die Verhandlungen zwischen Griechenland und der EU laufen, während Massenstreiks das Land immer wieder einmal lahmlegen. Das könnte sich abschreckend auf andere linke Bewegungen in Europa auswirken. „Syrizas Sieg gibt den Anti-Spar-Bewegungen in Irland, Portugal, Spanien und Zypern Auftrieb. Wie sehr sie erstarren, wird davon abhängen, wie groß die Zugeständnisse sind, die Griechenlands neuer Premier seinen Gläubigern abtrotzt“ meint der Spiegel.^v

Portugal

Von den bisherigen Ergebnissen der griechischen Verhandlungen haben sich die Portugiesen nicht abschrecken lassen. Das Land wurde ebenfalls mit 78 Milliarden Euro ausgestattet und galt ebenfalls offiziell aufgrund der guten Wirtschaftsdaten als „Musterland“. Die konservative Regierung hielt sich artig an die Vorgaben der Geldgeber, kürzte öffentliche Ausgaben, erhöhte Steuern, trieb die Privatisierung voran und senkte Löhne und Gehälter.

Die Ergebnisse sind aber nicht nur schöne Wirtschaftszahlen, die die internationalen Kreditgeber veranlassen sollen, günstige Zinskonditionen anzubieten. Für diesen Effekt wurde sogar die Arbeitslosenstatistik auf 14 Prozent heruntergerechnet. „Das staatliche Statistikamt in Lissabon musste bekennen, dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit – im „erweiterten Sinn“ – bei rund 22 Prozent lag. Wie die Deutsche Welle am 28. April berichtete, hatte die portugiesische Regierung die Zahlen geschönt, um die Institutionen (d. h. die Troika) zu beglücken“.^{vi}

Ein Ergebnis dieser Politik ist der Widerstand in der Bevölkerung, die – wenn sie nicht wie in Irland mit den Füßen abstimmt – die Stimmkarte in die Hand nimmt. Bei den Parlamentswahlen im Oktober dieses Jahres haben drei linke Parteien eine deutliche Mehrheit erreicht. Nachdem Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva trotz Wahlniederlage das Amt mit der Begrün-



Der Euro –vielleicht gut gemeint, aber offenbar schlecht gemacht.
Foto: Atomie, CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

Zusammenfassung

Die Beispiele zeigen, dass die offiziellen Wirtschaftsdaten die eine Seite sind, die konkreten Stimmungen in den Ländern aber auch eine andere Sicht ermöglichen. Nun wird man immer irgendeine mehr oder weniger temporär starke Gegenbewegung haben, die nicht automatisch als Maßstab für eine gesamte Bevölkerung genommen werden kann. Bestenfalls geben die Wahlentscheidungen wie in Portugal eine grobe Orientierung über die tatsächlichen Meinungen der Menschen über die Auswirkungen der Sparpakete. Wobei spätestens die Einschätzung der Motive von NichtwählerInnen zu unterschiedlichen Interpretationen führen kann.

Daher sollte eher hinterfragt werden, ob die Ziele der Rettungspakete, nämlich weniger Staat und mehr Wettbewerb, überhaupt erstrebenswert sind. Diese Ziele gab es schließlich auch vor den Krisen, sie haben die Krisen nicht verhindert, sondern erst geschaffen beziehungsweise verschärft. Die anstehenden Wahlen und die weiteren Ergebnisse der Verhandlungen mit Griechenland werden zeigen, ob es neben dem Dogma der „freien Marktwirtschaft“ auch andere Wege geben kann, Volkswirtschaften zu organisieren, bei denen die Gewinne der Mehrzahl der Staatsangehörigen zu Gute kommen.

Jörg Teichfischer



Auch in Deutschland gibt es Widerstand gegen die Macht der Banken, wie hier auf einer Demonstration im November 2011 in Berlin. Foto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CC BY 2.0 via Wikimedia Commons

„keine falschen Signale an die Finanzmärkte zu senden“ nicht hergeben wollte, musste er Ende November doch einsehen, dass die Regierung unter anderem durch Sozialisten, Kommunisten und Grüne gebildet werden muss. Sie wollen einen Richtungswechsel: Weg von der „Austerität“, hin zur „Verteidigung des Sozialstaats“. Privatisierungen sollen beendet und der „Sparhaushalt“ gekippt werden.

Das scheint auch nötig, denn die Situation vor Ort will nicht in die geschönte „Rettungs“strategie passen, wie der Bundestagsabgeordnete Diether Dehm (Linke) beschrieb: „Jedes dritte portugiesische Kind lebt in Armut, in einem Volk von 10 Millionen ist eine Million Menschen arbeitslos, die junge und gut ausgebildete Generation hat mittlerweile aus Mangel an Perspektive das Land verlassen müssen (ca. 500.000 Menschen), über eine Million Rentner müssen von weniger als 10 Euro am Tag leben (dies schließt die Miete mit ein).“^{vii}

i spiegel.de/spiegel/print/d-132212262.html

ii Siehe Bundestags-Plenarprotokoll v. 8. Oktober 2014

iii spiegel.de/politik/ausland/irland-protest-gegen-einfuehrung-von-wasserzaehlern-a-1007864.html

iv zit. nach: Die Welt, 30.7.2015

v spiegel.de/wirtschaft/soziales/syriza-wie-alexis-tsipras-sieg-europas-linke-mobilisiert-a-1016452.html

vi laut Tageszeitung „Junge Welt“, junge-welt.de/2015/11-14/039.php?sstr=Spanien

vii linksfraktion.de/im-wortlaut/portugal-linke-mehrheit/